

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 28 Berlin und Bonn

4. März 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

## Testen & Impfen - Impfen & Testen

(BS) Das erklärte Ziel ist die Überwindung der Corona-Pandemie. Dies ist offensichtlich erst dann möglich, wenn die sogenannte Herdenimmunität erreicht ist. Beim derzeit eingeschlagenen Impftempo wäre dies allerdings erst im kommenden Jahr zu erwarten...

Nach der aktuellen Version der Impfverordnung sind Einsatzkräfte der Polizei und des Katastrophenschutzes weiter nach oben gerückt. Sie müssen jedoch im Rahmen des Impfmanagements auch einen Termin bekommen. Schnelltests sind eine wichtige Ergänzung, die im gleichen Maße heruntergefahren werden kann, wie sich der Impfstatus entwickelt.

Abstandsregeln sind gerade im Einsatzdienst nicht immer durchsetzbar, die anderen Hygieneregeln sind jedoch teilweise möglich. Für Einsatzkräfte gilt daher: testen, impfen und so gut es geht, die Hygieneregeln zu beachten.

Mögen Polizei und Katastrophenschutz hier ein Vorbild der Gesellschaft sein.

## Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

## Inhalt/Themen

[Übergriffe sind Normalität ..... 3](#)

[Anpassung der Sanitäterausbildung . 7](#)

[Impfen einheitlich organisieren ..... 8](#)

## Neuer DFV-Präsident und alte Konflikte

(BS) Mit 52 Prozent der Stimmen wurde Karl-Heinz Banse zum neuen Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) gewählt. Damit findet die Hängepartie nach mehr als einem Jahr im DFV ein Ende. Ob ein Neustart nach dem Rücktritt des vorherigen Präsidenten und den internen Konflikten gelingt, ist ungewiss.

Banse, zuvor Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen (LFV Nds), erklärte in seiner Bewerbungsrede auf der 67. Delegiertenversammlung des DFV, die aufgrund der Corona-Pandemie digital stattfand, fünf Ziele für seine Präsidentschaft. Er wolle wieder Vertrauen zurückgewinnen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verbänden der Länder und weiterer Interessenverbände stärken, um als "einheitliche Stimme" der Feuerwehren in Deutschland gehört zu werden. Drittens will Banse die Lobbyarbeit ausbauen. Dies bedeutet zum Beispiel konkret, dass er unterstützend auf die Neuausrichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Einfluss nehmen möchte. Ebenso soll der DFV unter seiner Präsidentschaft transparenter arbeiten und interne Vorgänge in der Öffentlichkeit besser kommunizieren. Als letztes Ziel gab Banse die weitere Professionalisierung der Verbandsarbeit aus.

Besonders der Rückgewinn des Vertrauens wird für Banse zunächst die Hauptaufgabe sein. Dies wurde im Verlauf der virtuellen Versammlung offensichtlich. Schon im Grußwort des Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes (LFV) Berlin, Sascha Guzy, klang der Wunsch nach Ruhe im Verband an. Es sei wichtig, endlich wieder kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. Die kleinen Störfeuer innerhalb des Verbandes müssten unbedingt eingestellt



Karl-Heinz Banse wurde mit 52 Prozent der Stimmen zum neuen DFV-Präsidenten gewählt. Foto: BS/Matthias Oestreicher/DFV

werden. Der neue Präsident müsste auch eine faire Chance bekommen, so Guzy. Der Berliner wünschte sich zudem, dass endlich auf die Bedürfnisse der Kameraden vor Ort eingegangen wird.

Besonders viel Widerspruch kam aus dem Verband der Feuerwehr in NRW (VdF NRW). In einem Antrag trug der nordrhein-westfälische Verband rechtliche Bedenken gegen die ordnungsgemäße Einberufung der Versammlung vor. So sei die Einberufung zu der Versammlung fehlerhaft gewesen, da sie nur vom Vizepräsidenten Herrmann Schreck unterzeichnet wurde, obwohl in der Satzung des DFV gefordert wird, dass die Versammlung vom Präsidenten einberufen wird. Der VdF NRW wünschte sich ein rechtsicheres Verfahren und verwies auf ein Gerichtsverfahren in Berlin, bei dem ein ähnlicher Fall verhandelt wird (Landgericht Berlin; Aktenzeichen 27032/21). Die rechtlichen Bedenken rühren aus dem Vereinsrecht. Der VdF NRW ist sich jedoch sicher, dass nicht korrekt eingeladen wurde und das ganze Verfahren auf rechtlich unsicheren Beinen steht.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Pikant dabei ist: Hätte man neu geladen, wäre die neue Delegiertenversammlung erst nach dem 10. April möglich gewesen. Ab diesem Datum hat Banse jedoch sein 59. Lebensjahr vollendet und wäre gemäß der DFV-Satzung nicht mehr zum Präsidium wählbar gewesen. Die Versammlungsleitung war sich jedoch sicher, dass das Vorgehen bei der Einberufung rechtsicher sei und zu keinen Problemen führe.

Prompt kam auch Kritik vom Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein (LFV S-H) am Antrag des VdF NRW. So hieß es in einer Wortmeldung, dass "eine kleine Gruppe seit einem Jahr die Delegiertenversammlung verhindern" wolle. Auch DFV-Vizepräsident Dr. Christoph Weltecke kritisierte die Bedenkenträger. Es sei nicht die Zeit für Formalismus, sondern der Moment Zukunft zu schaffen, so Weltecke.

#### **Vorwurf des unkameradschaftlichen Handelns**

In der Aussprache kritisierte Dr. Jan Heinisch vom VdF NRW das unkameradschaftliche Verhalten im Konflikt zwischen dem ehemaligen DFV-Präsidenten Hartmut Ziebs und fünf der sieben Vizepräsidenten, die Ziebs das Vertrauen entzogen hatten. Die Vizepräsidenten hätten 2019 der Aufforderung von Ziebs nachkommen und zurücktreten sollen. Damit wäre ein schneller Neubeginn schon 2019 möglich gewesen, so Heinisch.

Ebenso kritisierte er die Aufklärungsarbeit in der Sexismus- und Rassismus-Affäre beim DFV. Es bedürfe einer Aufklärung durch externe Personen. Der Verband bringe jedoch selbst kein Licht ins Dunkel. Vizepräsident Lars Oschmann wehrte sich gegen diesen Vorwurf. Denn das Arbeitsgericht Berlin, an dem der Rechtsstreit zwischen der DFV-Bundesgeschäftsführerin Dr. Mjügan Percin und ihrem Arbeitgeber verhandelt wird, trage sehr wohl zur Aufklärung bei. Percin wirft Personen im Verband Diskriminierung und sexuelle Belästigung vor (Arbeitsgericht Berlin; Aktenzeichen: 44 Ca 6831/20). Allerdings wird das Verfahren

laut Gericht derzeit nicht weiterverfolgt. Es habe zwar ein Güutetermin vor dem Einzelrichter stattgefunden. Allerdings hätte keine der beiden Parteien anschließend einen Kammertermin zur Verhandlung beantragt. Man wolle erst versuchen, sich außergesichtlich zu einigen. Das Verfahren kann aber jederzeit fortgeführt werden, sobald eine Partei einen Kammertermin beantragt.

Weitere Kritik entzündete sich seitens des VdF NRW an der Causa Prof. Dr. Albert Jugel. Man zeigte sich von Schreck enttäuscht, dass er diesen immer noch namentlich zu Beginn der Versammlung begrüßte, obwohl bekannt geworden war, dass Jugel, in der Zeit von 1967 bis 1989/90 als "Inoffizieller Mitarbeiter" für die Staatssicherheit ("Stasi") der ehemaligen DDR tätig war. Jugel hatte seine DFV-Ehrungen allerdings bereits von sich aus zurückgegeben und die Ehrenmitgliedschaft niedergelegt. Der VdF NRW will nun zunächst die weitere Entwicklung abwarten und nicht sofort eine Nichtigkeitsfeststellungsklage gegen die Delegiertenversammlung einreichen. Man wolle keine Daueropposition sein, heißt es. Für zweifelhaft und rechtsunsicher hält man dort aber auch das rein digitale Format der Versammlung.

#### **"Der DFV ist kein Spitzenverband zum Selbstzweck."**

Zur Wahl als DFV-Präsident standen neben Banse der Landesbranddirektor Berlins, Dr. Karsten Homrighausen, und der Vizepräsident des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg (LFV BB), Frank Kliem. Homrighausen hielt einen Neuanfang beim DFV für erforderlich. Denn dessen Strukturen seien nicht krisenfest. Er verlangte, sich wieder stärker an den von der Feuerwehr verkörperten Werten zu orientieren. Außerdem brauche es mehr Transparenz innerhalb des Verbandes sowie eine bessere Einbindung der Basis. Schließlich, so Homrighausen: "Der DFV ist kein Spitzenverband zum Selbstzweck." Frank Kliem plädierte – letztlich erfolglos – für einen modernen, innovativen, leistungsfähigen und selbstkritischen DFV, der sich "von innen selbst erneuern" solle.

## ■ Infobox

### Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

#### [Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 1. März:](#)

- Automatischer Übersetzer am Bundeswehrkrankenhaus
- Reformierte Ausbildung im Heer
- Wie bedroht ist die Einigkeit der NATO?

#### [Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 1. März:](#)

- Leichtere Corona-Anerkennung in S-H
- RLP: Taser künftig in jedem Streifenwagen
- Zentrale Einsatzkoordination aus Köln gegen KiPo

#### [Podcast "Public Sector Insider" vom 2. März:](#)

- Sichere Wahl 2021
- Faszination Clubhouse
- Interview mit Jonas Rahe, Direktor Öffentliche Hand Cisco Deutschland

#### [Newsletter "E-Government, Informationstechnologie und Politik" vom 3. März:](#)

- Kommunale IT-Sicherheit zentral lenken
- SmartHospital.NRW gestartet
- Robotik- und KI-Zentrum in Stuttgart eröffnet
- Zielscheibe Krankenhaus

#### [Podcast "Voices in Defence" vom 19. Februar:](#)

- Mit Turnschuhen in der Bundeswehr

#### [Podcast "21Staatskunst" vom 19. Februar:](#)

- Grundsätzliche Fragen

## Übergriffe sind Normalität

(BS) Rettungsdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erleben im Zeitraum eines Jahres mindestens einen Übergriff im Einsatz. Dies geht aus einer nicht-repräsentativen Studie des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) hervor. In drei Viertel aller Fälle sind Patienten selbst die Täter. Der Großteil der betrof-



Bei drei Viertel aller Übergriffe auf Rettungskräfte sind Patienten die Täter.

Foto: BS/cocoparisienne, [pixabay.com](http://pixabay.com)

fenen Kräfte erlebte ausschließlich verbale Gewalt wie Beleidigungen. Rund ein Drittel der Einsatzkräfte berichtete von verbalen und körperlichen Angriffen. 14,1 Prozent der Befragten erfuhren nur körperliche Gewalt wie Tritte oder Schläge. Ein Fünftel der Befragten erlebte ein- bis zweimal pro Woche verbale Gewalt.

Für die Studie wurden insgesamt 425 Fragebogen von Notfallsanitätern, Rettungsassistenten, Rettungsassistenten und weiteren Rettungsdienstmitarbeitern ausgewertet. Die Daten wurden von August bis November 2019 erhoben.

### "Kein singuläres Ereignis"

"Die häufigsten Gewaltanwendungen spielten sich mit 52 Prozent im innerstädtischen Bereich ab, gefolgt von sozialen Brennpunkten. An dritter Stelle kommen bürgerliche Wohngegenden und Großver-

anstaltungen", erklärte der Leiter der Studie, DRK-Bundesarzt Prof. Dr. Peter Sefrin. Durch die Häufigkeit der beschriebenen Übergriffe könne man nicht von einem "singulären Ereignis" von einzelnen Mitarbeitern sprechen, so Sefrin. Als eine Ursache sieht der DRK-Bundesarzt einen "teilweise überzogenen Anspruch gegenüber dem Rettungspersonal". Diesen hätte es zwar schon immer gegeben, jedoch wurde nicht versucht, dieses Anspruchsdenken mit Gewalt durchzusetzen. Als Reaktion sprach sich DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt für eine bessere Schulung von Rettungsmitarbeitern für diese Situationen sowie eine konsequente Verfolgung der Täter aus. "Die Ergebnisse sind erschreckend. Wir müssen leider feststellen, dass Beleidigungen, Beschimpfungen und auch körperliche Übergriffe mittlerweile zum Alltag im Rettungsdienst gehören", so Hasselfeldt.

# Lithium-Ionen Akkus sicher lagern und laden

Prävention und geprüfte Sicherheit durch smarte Technologie.






 Video zu BATTERY line



Sicherheitsschränke BATTERY line - Typ 90 zum Lagern und Laden von Akkumulatoren

[www.dueperthal.com](http://www.dueperthal.com)

## Drohnen im Katastrophenschutz: Überarbeitung gestartet

(BS) Der Überarbeitungsprozess der "Empfehlungen für Gemeinsame Regelungen zum Einsatz von Drohnen im Bevöl-



Die "Empfehlungen für Gemeinsame Regelungen zum Einsatz von Drohnen im Bevölkerungsschutz" wurden vor weniger als zwei Jahren von verschiedenen Einsatzorganisationen erarbeitet.

Foto: BS/Klawon

kerungsschutz" wurde auf Initiative des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) begonnen. Das Bundesamt wird den kompletten Prozess koordinieren. Am Auftakt des Prozesses waren unter anderem der Deutsche Feuerwehrverband (DFV), die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF), die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), die Hilfsorganisationen sowie das Technische Hilfswerk (THW) beteiligt. Alle beteiligten Stellen einigten sich auf einen gemeinsamen Prozess.

Als besonders wichtig werden bei der Überarbeitung die Erkenntnisse der Kräfte mit dem Einsatzgerät eingeschätzt. Dabei sollen die Erfahrungen aus der Erprobungsphase, aber auch die Neuerungen im nationalen und europäischen Luftrecht ausgewertet werden. Die Empfehlungen wurden

im Juni 2019 veröffentlicht. Damit wurden erstmalig den Einsatzkräften von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) standardisierte Anwendungsregelungen für den Drohneneinsatz in der Praxis zur Verfügung gestellt. Die Empfehlungen wurden in der Herbstsitzung 2019 des "Ausschusses für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung" (AFKzV) des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz (IMK) zur Anwendung im Katastrophenschutz empfohlen. In diesen ist festgeschrieben, dass sie zwei Jahre nach der Veröffentlichung evaluiert werden sollen. Ein aktualisiertes Dokument wird gegen Ende 2021 bzw. Anfang 2022 erwartet.

Die aktuellen "Empfehlungen für Gemeinsame Regelungen zum Einsatz von Drohnen im Bevölkerungsschutz" finden sich [hier](#).

# Digitaler Katastrophenschutzkongress 2021

Digitaler Austausch in der Krise – von der Forschung in die Praxis

23.–24. März 2021



**Stephan Mayer**  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Foto: Tobias Koch



**Prof. Dr. Wolf-Dieter Lukas**  
Staatssekretär beim Bundesministerium für Bildung und Forschung

Foto: Bundesregierung / Sandra Steins.



**Gerd Friedsam**  
Präsident des Technischen Hilfswerks (THW)

Bildkraftwerk/Kuro



**Armin Schuster**  
Präsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Bildkraftwerk/ Jürgen Schulzki



**Prof. Dr. med. Dipl.-Ing. Sylvia Thun**  
Professorin für Informations- und Kommunikationstechnologien, Direktorin Competence Center eHealth, Hochschule Niederrhein

Thomas Rafalzyk

[www.katastrophenschutzkongress.de](http://www.katastrophenschutzkongress.de)

Behörden Spiegel

## Kritische Kommunikation: Die Zukunft ist mobil, hybrid und international

(BS/Dr. Barbara Held) Die Corona-Krise ist ein anhaltender Test für die Leistungsfähigkeit der IT-Netze von öffentlicher Verwaltung und Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Der Bedarf an sicherem Datenaustausch, vor allem aber an real-time Telefon- und Videokonferenzen ist aufgrund der allseits praktizierten mobilen Arbeit enorm. Experten gehen davon aus, dass dieser Trend nicht rückgängig zu machen ist, sondern dass Mobilität in Kombination mit IT-gestützter Kommunikation künftig für Verwaltung und Unternehmen zum Alltagsstandard werden. Die benötigten technischen Infrastrukturen müssen daher ebenso innovativ wie langfristig zukunftsorientiert konzipiert und aufgebaut werden.

### Die Zukunft ist breitbandig

Mit diesem Ziel vor Augen beleuchtet das Panel zur "Zukunft der Kritischen Kommunikation" ausgewählte lösungsorientierte Ansätze als Bausteine einer Kommunikationsinfrastruktur. Bund und Länder sind sich einig: Die Zukunft ist breitbandig. Auch wenn das derzeitige Tetra-basierte Netz für die BOS wegen seiner Verfügbarkeit und Verlässlichkeit hohes Ansehen genießt, wollen und brauchen die Einsatzkräfte und ihre Organisationen Multimedia-Funktionalitäten, performante Datenbankzugriffe, virtuelle Realität etc. Die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) koordiniert derzeit die Planungen für eine Breitbandarchitektur, die diesen BOS-Anforderungen gerecht wird. Das Projekt "Breitbandtest" der BDBOS untersucht, wie

BOS und kommerzielle Provider in einem hybriden Modell so zusammenarbeiten können, dass die BOS ausreichend Kontrolle über die genutzten Netze und Funktionen erhalten.

Die Zukunft ist mobil – in Behörden wie Unternehmen. Das erfordert nicht nur belastbare Netze, sondern auch ebenso sichere wie ergonomische Lösungen für den mobilen Arbeitsplatz. Die Virtual Solution AG versorgt bereits mehr als 60 deutsche Behörden mit ihren Produkten. Leicht transportable Smartphones und Tablets stehen dabei im Vordergrund. SecurePIM für iOS und Android vereint alle wichtigen Funktionen für den Büro-Alltag, wie E-Mail, Messenger und Telefonie, Kalender, Dokumente und vieles mehr, in einer einzigen Anwendung. Je unentbehrlicher IT-gestützte Kommunikation für den gesellschaftlichen Alltag wie auch die Daseinsfürsorge wird, desto inakzeptabler werden "weiße Flecken" und mangelnde Performanz der Internetversorgung.

### Satelliten-gestützte Kommunikation als Ersatz

Wo das Vergraben von Glasfaser zu teuer scheint, liefern jetzt schon Satelliten-Dienste verlässlichen Ersatz. NSSLGlobal ist ein erfahrener Provider von Satelliten-gestützten Kommunikationsdienstleistungen und Breitband für KRITIS und BOS – am Land und zur See. Die Anwendungsbeispiele sind spannend und anregend für BOS wie KRITIS. In den hybriden Infrastrukturen der Zukunft werden terrestrische und weltraumgestützte Dienste nahtlos ineinander übergehen.



*Dr. Barbara Held war Abteilungsleiterin bei der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) und ist nun Redaktionsmitarbeiterin beim Behörden Spiegel.*

*Foto: BS/privat*

Die Zukunft ist international. Kriminalität, Katastrophen und Pandemien machen vor Ländergrenzen nicht halt. Auch die Energieversorgung lässt sich nicht national eingrenzen. Das EU-geförderte Projekt Broadband hat das ehrgeizige Ziel interoperable Lösungen für grenzüberschreitende Szenarien der europäischen BOS zur Markt-Reife zu führen. Unter den zahlreichen Partnern aus 25 Mitgliedstaaten ist das Bayerische Rote Kreuz (BRK) der einzige deutsche Teilnehmer. Dafür hat das BRK aber die Leitung des Evaluierungsteams der Nutzerorganisationen übernommen, das die ausgewählten Lösungen auf ihre Brauchbarkeit für den Einsatz testet.

*Die Expertenrunde "Zukunft der Kritischen Kommunikation: Hybride Infrastrukturen" findet am 23. März auf dem Digitalen Katastrophenschutz-Kongress statt. Weitere Informationen finden sich [hier](#).*

## Baden-Württemberg: Investitionen für Funk

(BS) Investitionen von rund 600 Millionen Euro sollen den baden-württembergischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) modernste Technologie, vor allem für neue Kommunikationsmittel, bereitstellen.

Laut Innen- und Digitalisierungsminister Thomas Strobl (CDU) ist Baden-Württemberg eines der sichersten Länder der

Republik. Dies soll unter anderem durch bestmögliche Kommunikation zwischen den Einsatzkräften gesichert werden. Bereits 2013 wurde der Digitalfunk, zunächst für die Landespolizei, in Betrieb genommen und hat sich als sicheres und zuverlässiges Kommunikationsmittel erwiesen. Durch Modernisierung und Weiterentwicklung des digitalen Sprech- und Datenfunk-

systems will man in Baden-Württemberg langfristig einen zukunftsfähigen Standard aufrechterhalten.

Auch ein Austausch von älteren Funkgeräten ist geplant sowie eine flächendeckende Empfangsverbesserung für Funkgeräte in ganz Baden-Württemberg. Mit dieser Investition soll ein moderner Standard für digitale Kommunikation gesetzt werden.

## Gefahr von wiederverbauten Akkus auf dem Prüfstand

(BS) Wie viel Gefahr geht von ausgemusterten Akkus von Elektrofahrzeugen, sogenannten "Second Life"-Batterien, die noch als stationäre elektrochemische Energiespeicher in Gebäuden oder Windparks genutzt werden, aus? Dieser Frage widmen sich Expertinnen und Experten im Rahmen des nun gestarteten Projekts "Sicherheit elektrochemischer Energiespeicher in Second Life-Anwendungen SEE-2L".

Durch die erwartete Zunahme dieser Speichermedien, insbesondere Lithium-Ionen-basierte Akkus, aufgrund der Energiewende, wird die Sicherheit dieser Batterien genauer untersucht. "Charakteristisch für diese Speichersysteme ist einerseits der hohe Energieinhalt pro Volumen und andererseits die Möglichkeit, dass elektrochemische Zellen in einen unkontrollierten Reaktionszustand übergehen, ohne dass dies vorher erkennbar ist", heißt es von der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb). Offen sei aber der-

zeit, wie genau die Lithium-Ionen-Technologie mit Blick auf den Brand- und Explosionsschutz beherrschbar ist.

### Grundlage für feuerwehrtechnische Aus- und Weiterbildung

Unter anderem sollen Fragen der Lösungsverfahren, der Reaktionskontrolle oder des baulichen Brandschutzes geklärt werden. Oberstes Ziel sei der Schutz der Einsatzkräfte. Bislang gebe es keine fundierte Grundlage für die Umsetzung einer einheitlichen taktischen Vorgehensweise. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit sollen schlussendlich für Schulungskonzepte für die feuerwehrtechnische Aus- und Weiterbildung dienen und bundesweit verbreitet werden.

An dem Projekt sind neben der vfdb das Institut für Apparate und Umwelttechnik der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OVGU), die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) und das Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF



Sogenannte "Second Life"-Batterien stammen aus E-Autos und werden in Gebäuden, Solar- oder Windkraftanlagen verbaut. Bei den Speichersystemen besteht die Gefahr ein unkontrollierten Thermal-Runaway.

Foto: BS/Markus Distelrath, [pixabay.com](http://pixabay.com)

NRW) beteiligt. Das Forschungsprojekt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms "Forschung für die zivile Sicherheit" gefördert.

## DIGITALER STAAT EXPERTISE.

### Von Excel zum Dashboard – Einen umfassenden Überblick über Daten bekommen

Donnerstag, 11. März 2021,  
10:00 – 11:30 Uhr

#### Referenten



**Olaf Nölle**  
Kundenberater,  
Disy Informationssysteme GmbH



**Dominik Kumer**  
Kundenberater,  
Disy Informationssysteme GmbH

### Cyber-Resilienz – Neues Paradigma für die IT-Sicherheit

Donnerstag, 25. März 2021,  
14:00 – 15:30 Uhr

#### Referenten



**Matthias Ochs**  
Geschäftsführer, genua  
GmbH



**Dr. Alexander Horch**  
Vice President,  
R&D and Product Management, HIMA Group



**Prof. Dr. Daniel Loebenberger**  
Leiter Forschungsgruppe „Sichere Infrastruktur“,  
Fraunhofer AISEC

## Hessen: Anpassung der Sanitäterausbildung gefordert

(BS) Der Landesverband Hessen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und die vier DRK-Rettungsdienstschulen des Landes sehen dringenden Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der Sanitäterausbildung. In einem Positionspapier stellen die Rotkreuzler fünf Forderungen an die Landesregierung in Wiesbaden.

Der Landesverband und die Schulen sehen die Erfahrungen des vergangenen Jahres und die guten Ergebnisse der digitalen Ausbildung in ihrer Fortführung gefährdet. Deshalb fordern sie, dass die Digitalisierung der Rettungsdienstschulen konsequent weitergeführt und gefördert werden muss. Der Einsatz von digitalen Unterrichtsformen muss weiterhin möglich sein. Darum soll sich die hessische Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen dementsprechend angepasst werden. Zudem soll der Einsatz von digitalisierten Ausbildungsformaten standardisiert werden.

Konkret soll vermehrt auf sogenanntes Blended Learning, also der Kombination aus eLearning-Angeboten und Präsenzveranstaltungen, bei der Aus- und Fortbildung gesetzt werden. Bei der Notfallsanitäterausbildung soll beispielsweise dieser Anteil bis zu 20 Prozent der Gesamtstunden betragen. Die Landesregierung soll dies in eigener Zuständigkeit regeln. Schlussendlich fordern der Landesverband und die Schulen, an dem Digitalpakt Hessen teilhaben zu können.

Der Einsatz von e-Learning, digitaler und virtueller Unterrichtsmethoden würde die komplexe Ausbildung des Notfallsanitäters in besonderer Weise unterstützen, um fundierte fachliche, methodische und soziale Handlungskompetenzen aufzubauen. Der virtuelle Unterricht, welcher im Zuge der Corona-Pandemie eingeführt wurde, um weiter Sanitärlehrgänge durchführen zu können, zeigte "seither besonders gute Lernerfolge". Eine sinnvolle Verzahnung von



*Die Erfolge der Umstellung auf eine digitale Ausbildung für Notfallsanitäter sollen erhalten werden. Dies fordern der Landesverband Hessen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und die vier Rettungsdienstschulen des Landes.*

*Foto: BS/Oberholster Venita, [pixabay.com](https://pixabay.com)*

digitalem Unterricht und Präsenzphasen unterstütze den Erwerb einer vielfältigen Handlungskompetenz, so der DRK-Landesverband.

## Rheinland-Pfalz: Schnelltests durch die Feuerwehr

(BS) In die Schnelltestinfrastruktur des Bundeslandes Rheinland-Pfalz sollen auf freiwilliger Basis die Feuerwehren miteingebunden werden. Die Testinfrastruktur ist Teil des Projekts "Testen für alle", welches vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) ausgerufen wurde.

Neben den Feuerwehren sollen auch Fieberambulanzen, die Hilfsorganisationen, die Kommunen, die Ärzteschaft und Apo-

theken aktiv werden. Das Innenministerium Rheinland-Pfalz betonte jedoch, dass die Mitarbeit bei der Testinfrastruktur keine Dienstverpflichtung sei. Das Land habe dies mit den entsprechenden Verbänden abgesprochen.

Alle beteiligten Kräfte werden mit einer Persönlichen Schutzausrüstung (PSA) ausgerüstet und in die erste Priorisierungsgruppe der Impfkategorien eingestuft. Die

betroffenen Kräfte sollen zeitnah geimpft werden. Die Landesregierung hat zudem vorgeschlagen, dass die vom Bund gezahlten neun Euro für die Durchführung pro Test, der von den Feuerwehren gemacht wird, die jeweiligen Wehren erhalten sollen. Das Projekt "Testen für alle" wird in Rheinland-Pfalz vom Detlef Placzek, Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, geleitet.

## Bonn: Kommunale Corona-App

(BS) Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat die Bundesstadt Bonn eine eigene App entwickelt. Mit "Covid Digital" (CovDi) sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes neue Fälle unkompliziert erfassen und effizient verwalten können.

Seit kurzem verfügt die Bundesstadt Bonn über eine eigene digitale Lösung im Kampf gegen COVID-19. CovDi heißt die mobile

Lösung zur Erfassung neuer Fälle und Kontaktpersonen. Nur sechs Wochen soll es von den ersten Planungsgesprächen bis hin zur einsatzfähigen Applikation gedauert haben, heißt es vonseiten der Stadt, die CovDi auf technischer Grundlage der Low-Code-Plattform Intrexx entwickelt hat.

Für das Gesundheitsamt soll die App durch eine leicht bedienbare Eingabemaske Abhilfe schaffen, welche die eingetragenen

Daten dann an CovDi übermittelt und allen Berechtigten zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung stellt. Informationen wie etwa neue Symptome im Krankheitsverlauf, ein neues Testergebnis oder eine angeordnete Quarantäne sollen nachträglich in der Datenbank ergänzt werden können. Derart soll die App nicht zuletzt auch dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürgern schnell und transparent Auskunft geben zu können.

## Bitkom: "Impfen bundeseinheitlich organisieren"

(BS) "Man hat das Gefühl, dass es mit den Impfungen nicht wirklich rund laufe", sagte Bitkom-Präsident, Achim Berg. Gemeint sind die Impforga- nisation, die Impfterminvergabe und die Kontaktnachverfolgung. Zahlen von zwei repräsentativen Umfragen des Branchenverbandes Bitkom geben ihm recht. Die Lösung sieht er in einem bundeseinheitlichen Vorgehen.

Auf der einen Seite steige beständig die Impfbereitschaft in der Bevölkerung auf fast drei Viertel aller Befragten, doch zeigen sich viele Bürgerinnen und Bürger unzufrieden mit dem Impfstart. Drei Viertel gaben in der Umfrage an, dass die Organisation der Corona-Impfungen in Deutschland chaotisch verlaufe. 85 Prozent der Befragten wünschten sich ein schnelleres Impftempo. Über die Hälfte schätzte, dass der Datenschutz eine schnelle und effiziente Impfung der Bevölkerung verhindere und dass ein vollständig digitalisiertes Impfre- gister gebraucht werde.

Besonders anschaulich wird der holprige Impfstart an der Terminvergabe. Nur bei sechs Prozent der Befragten verlief die Ver- gabe reibungslos. Die restlichen Befragten mussten teilweise über 50 Versuche un- ternehmen, um einen Impftermin für sich oder einen Angehörigen zu bekommen. Berg rechnete vor, dass auf die 1,4 Millionen Termine rund 39 Millionen Terminanfragen kommen würden. Zudem sei problema- tisch, dass es keine bundesweite Übersicht über die vereinbarten Termine gäbe. "Wir befinden uns im Blindflug bei den Impfun-

gen", kritisierte Berg. Ohne eine bundes- weite Übersicht sei keine vernünftige Impf- stoffverteilung möglich. "Es wurde zwar bei der Corona-Impfung viel erreicht, aber man scheitert bei der Impforga- nisation. Dies ist einer High-Tech-Nation unwürdig", urteilte der Bitkom-Präsident.

Seit Mitte 2020 sei bekannt gewesen, dass die größte Impfaktion seit langem ansteht. Man habe es jedoch versäumt, neben der Impfinfrastruktur auch ein Impfmanage- ment aufzubauen. Man habe alles auf die Länder, die Kommunen und die Kassenärzt- lichen Vereinigungen abgewälzt, so Berg. Er forderte ein bundeseinheitliches, zentrales und digitales Terminmanagement auf der Basis von schon bestehenden Systemen. Dies soll zudem mit Call-Centern gestützt werden. Neben dem Impfmanagement sieht der Branchenverband auch Nachbes- erungsbedarf bei der digitalen Impfdoku- mentation. Als Alternative zu dem gelben Papier-Impfpass könnten sich über 60 Pro- zent der Befragten vorstellen, auf einen di- gitalen Impfpass umzusteigen. Als Gründe gaben die Befragten an, dass man so schnell eine Corona-Impfung nachweisen sowie unkompliziert an eine Auffrischung einer Impfung erinnert werden könnte.

Einen weiteren Vorteil sieht Berg in der leichten Überprüfung der Wirksamkeit der verschiedenen Impfstoffe, sodass gege- benenfalls schnell reagiert werden kann. Geprüft werde schon ein Impfbeschein für die Corona-Impfung, das später in einen digitalen Impfpass übernommen werden



Nur bei sechs Prozent der Befragten verlief die Vergabe für einen Impftermin reibungslos.

Foto: BS/torstensimon, [pixabay.com](https://pixabay.com)

kann. Als Vorbild dient dabei der sogenann- te Grüne Pass aus Israel, der den Geimpften Zutritt zu Fitnessstudios, Schwimmbädern und Hotels erlaubt. Befragte, die einen di- gitalen Impfpass ablehnen, sehen vor allem den mangelnden Datenschutz als Grund. Berg beobachtete in der Debatte um den Datenschutz in der Corona-Pandemie teil- weise immer wieder Panikmache und for- dert eine Versachlichung der Debatte. Ein digitaler Impfpass oder ein Impfbeschein sollte vor allem jedoch ein freiwilliges Ange- bot sein. Datenschutzrechtliche Probleme seien durch die vorherige Einwilligung der Verarbeitung nicht gegeben.

Der Bitkom-Präsident forderte trotz der Bedenken eine effiziente Verarbeitung von Patientendaten mit einer digitalen Impfdoku- mentation, bei der auch ein systemati- sches digitales Monitoring von Nebenwir- kungen möglich ist.

### DIGITALER ONLINE STAAT PARTNER WEBINAR

#### Von Excel zum Dashboard – Einen umfassenden Überblick über Daten bekommen

Donnerstag, 11. März 2021, 10:00-11:30 Uhr



**Olaf Nölle**  
Kundenberater,  
Disy Informationssysteme GmbH



**Dominik Kumer**  
Kundenberater,  
Disy Informationssysteme GmbH





## Sirenen gefördert

(BS) Das Innenministerium Thüringens hat ein Förderprogramm zur Umrüstung von bestehenden elektronischen Sirenen und Motorsirenen aufgesetzt. Für das Programm stehen bis zu 1,8 Millionen Euro zur Verfügung. Die Förderung soll in Ergänzung zu den bestehenden Förderungen im Bereich des Brandschutzes in den Kommunen durchgeführt werden.

Außerdem soll das bestehende Sirenenetz zukünftig durch die zentralen Leitstellen mit spezifischen Warntönen zur Warnung und Entwarnung der Bevölkerung angesteuert werden. Mit diesem Vorgehen hoffen die Verantwortlichen, eine Grundlage zur Verbesserung der Warninfrastruktur in Thüringen zu legen. Die derzeit genutzte analoge Funktechnik sei "nicht zielführend". Der Freistaat fördert zwar schon seit 2017 im Rahmen der Förderung im Brandschutz und der Allgemeinen Hilfe die Neuanschaffung von Sirenen, jedoch ist die Bedeutung der Warninfrastruktur seit dem ersten bundesweiten Warntag nochmal deutlich geworden. Die festgestellten Defizite sollen bis zum kommenden Warntag dieses Jahres behoben werden.

## Aufbau von Wasserrettungsstaffeln begonnen

(BS) Der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Weimar konnte ein Gerätewagen Wasserrettung (GW Wasser) übergeben werden. Die Übergabe erfolgte im Rahmen der Thüringer Katastrophenschutzverordnung (ThürKatSVO) vom 10. November 2020.

Laut dieser Verordnung sollen im Freistaat sechs ehrenamtliche Wasserrettungsstaffeln aufgestellt werden, die im Katastrophenfall zum Einsatz kommen. Die Fahrzeuge werden unter anderem durch sogenannte Strömungsretter besetzt. Diese Kräfte kommen bei Gefahrenlagen in stark strömenden Gewässern, wie Wild- und im Hochwasser, zum Einsatz. Dabei arbeiten die Spezialisten grundsätzlich im Team und sind durch ihre Ausstattung vor den besonderen Gefahren in Flüssen und Überschwemmungsgebieten geschützt.

"Die Hochwasserkatastrophen der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie groß der Bedarf an Rettungskräften ist, die in schnell fließenden Gewässern operieren können. Nur durch die vielen ehrenamtlichen Kameraden, die sich ständig aus- und weiterbilden und somit eine ständige Einsatzbereitschaft



Stefan Keck, der stellvertretende Leiter Einsatz des DLRG Landesverband Thüringen e.V., bei der Übernahme des Gerätewagens Wasserrettung.

Foto: BS/Fa. Binz

sicherstellen, können wir die bereitgestellte Technik angemessen nutzen und sehen den kommenden Gefahrenlagen wachsam, aber vorbereitet entgegen", erläuterte Stefan Keck, stellvertretender Leiter Einsatz des DLRG Landesverband Thüringen. Keck war maßgeblich an der Ausstattung der Wasserrettungsfahrzeuge beteiligt, die inklusive Rettungsboot vom Thüringer Landesverwaltungsamt beschafft wurden.

## Verkehrstote: Niedrigster Stand seit 60 Jahren

(BS) Die Entwicklung zeichnete sich schon durch die vorläufigen Zahlen zu den Verkehrsunfällen der Länder ab. Im vergangenen Jahr war die geringste Zahl an Verkehrs-



Die Corona-Pandemie hatte im Jahr 2020 eine gute Auswirkung: Die Zahl der Verkehrstoten ging stark zurück.

Foto: BS/Gerhard G., [pixabay.com](https://pixabay.com)

toten seit Beginn der Statistik vor mehr als 60 Jahren zu verzeichnen. Die Zahl sank von 3.046 verstorbenen Personen im Jahr 2019 auf 2.724 im Jahr 2020. Dies ist ein Rückgang von über zehn Prozent. Dies teilte das Statistische Bundesamt mit.

### Rund 2,3 Millionen Verkehrsunfälle gemeldet

Neben der Anzahl der Verkehrstoten sank auch analog die Zahl der Verkehrsverletzten stark um 14,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 328.000 Personen. Insgesamt nahmen Kräfte der Polizei rund 2,3 Millionen Unfälle auf. Damit sank die Zahl zu 2019 um über 15 Prozent. Bei 2,0 Millionen Unfällen blieb es bei Sachschäden. Dies sei darauf zurückzuführen, dass wegen der Corona-Pandemie im Jahr 2020 auf deutschen Straßen deutlich weniger Kilometer zurückgelegt

wurden als im Vorjahr, so das Bundesamt. Im weiteren Vergleich konnte festgestellt werden, dass sich der Rückgang über fast alle Verkehrsbeteiligungsarten aufgliederte. Der stärkste Rückgang war bei den Verkehrstoten in Pkws mit über 14 Prozent zu identifizieren. Nur die Zahl der getöteten Pedelec-Fahrerinnen und -fahrer stieg absolut um 22 Personen oder um 19,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Dennoch war der Rückgang der Verkehrstoten nicht auf alle Bundesländer gleich verteilt. Während starke Rückgänge in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen zu verzeichnen waren, mussten in Brandenburg, Berlin und Schleswig-Holstein mehr getötete Verkehrsteilnehmer beklagt werden. Die Anstiege in diesen Bundesländern sind jedoch im niedrigen zweistelligen Bereich.



Foto: Michael Stiffler, stock.adobe.com

# WEBINAR

## Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

**30. März 2021, 09:00 Uhr – 16:00 Uhr**

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

**Günther Pinkenburg**, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

**Thomas Zawadke**, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: [www.fuehrungskraefte-forum.de](http://www.fuehrungskraefte-forum.de); Suchwort „Feuerwehr“

### Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Malin Jacobson, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Kilian Recht, Florian Schröder, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistenten: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.